

Gezielte Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO): Erweiterung auf nationale Fonds in Verbindung mit bestimmten Programmen der EU

Juliana Kleine
Abteilungsleiterin
Bereich Fördergeschäft und Finanzierung

Tel.: 030 8192-272
Fax: 030 8192-278
juliana.kleine@voeb.de

Als Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, vertreten wir die Interessen der 19 deutschen Förderbanken, die bundesweit oder regional ein Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft darstellen. Im Fokus der Tätigkeit dieser Bankengruppe, die im Auftrag ihrer Eigentümer – Bund und Bundesländer – handelt, steht die Durchführung von zielgerichteten Fördermaßnahmen. Ein großer Teil ihrer Förderaktivitäten entfällt auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Dazu werden nationale und regionale Fördermittel eingesetzt und zusätzlich mit europäischen Fördermitteln die Finanzierungsmöglichkeiten für KMU verbessert. Dabei agieren die deutschen Förderbanken immer auf der Grundlage der europäischen beihilferechtlichen Vorschriften. Vor diesem Hintergrund möchten wir nachfolgend zum Entwurf der erweiterten AGVO Stellung nehmen.

20.08.2019

Datei-Nr.: AGVO-Stellungnahme
Seite 1/4

Grundsätzliche Anmerkungen

Die neuen Freistellungstatbestände in der AGVO sollen primär dazu dienen, die Kombination von nationalen Mitteln mit Finanzierungen aus dem EU-Haushalt (InvestEU) zu erleichtern. Dies ist zu begrüßen. Wir erwarten auch, dass die neuen Beihilferegeln den Erfolg von InvestEU nachhaltig unterstützen werden. Allerdings könnte der Mehrwert der neuen Freistellungstatbestände für die wirtschaftlichen und strukturpolitischen Ziele in der EU umso größer sein, wenn die neuen Regeln auf andere EU-Fördermittel wie z. B. die Strukturfondsmittel oder auch auf rein nationale Förderprogramme Anwendung finden könnten.

Anmerkungen im Einzelnen

- **Zu Artikel 2 Nummer 171**

Zielrichtung und Regelungszweck der Artikel 56e und 56f sind ohne eine klare begriffliche Unterscheidung zwischen „nationalen Förderbanken oder –instituten“ einerseits (vgl. Artikel 2 Nummer 169) und privaten Finanzintermediären andererseits (vgl. Artikel 2 Nummer 171) nicht erkennbar. Da im vorliegenden Entwurf die „gewerbliche Tätigkeit“ ein Definitionsmerkmal sowohl von Förderbanken als auch von privaten Finanzintermediären ist, fehlt es jedoch an der erforderlichen klaren Abgrenzung zwischen Förderbanken und privaten Intermediären. Hier nach zu schärfen wäre für eine rechtssichere Umsetzung essentiell. Folgende

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge

Änderung, orientiert an der englischen Sprachfassung, könnte sich aus unserer Sicht als zielführend erweisen:

171. „~~gewerblicher kommerzieller~~ Finanzintermediär“: Finanzintermediär, der ~~einen Erwerbszweck verfolgt~~ gewinnorientiert arbeitet und ohne staatliche Garantie das volle Risiko trägt, ausgenommen nationale Förderbanken oder -institute;

- **Zu Artikel 2 Nummer 173**

Wir erkennen keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, warum nationale Förderbanken – wie bisher auch – unter Beachtung der einschlägigen beihilferechtlichen Regelungen und Grundsätze nicht auch Marktmittel einsetzen könnten. Daher plädieren wir dafür, die Definition wie folgt zu ändern:

173. „Marktmittel“: Mittel von ~~gewerblichen~~ kommerziellen Finanzintermediären und anderen Marktinvestoren (ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse), die einen Erwerbszweck verfolgen, ohne staatliche Garantie das volle Risiko tragen ~~oder im Rahmen des Market Economy Operator-Test handeln~~ und von den Endempfängern unabhängig sind. Darunter fallen Mittel von Business Angels, der EIB-Gruppe, EBWE und anderen multilateralen Entwicklungsbanken, ~~nicht aber sowie~~ Mittel nationaler Förderbanken oder -institute.

- **Zu Artikel 2 Nummer 180**

Die vorgeschlagene Definition des sozialen Wohnungsbaus entspricht nicht der Realität in vielen Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Versuch einer europaweit gültigen Definition des sozialen Wohnungsbaus u. E. nicht zielführend. Stattdessen regen wir an, die Merkmale des sozialen Wohnungsbaus zu benennen, die für ihn kennzeichnend sind. Vor diesem Hintergrund schlagen wir folgende Änderung vor, die wir auch in den InvestEU-Leitlinien entsprechend vorschlagen:

180. „soziale Dienstleistungen“: genau festgelegte Dienstleistungen zur Deckung des sozialen Bedarfs im Hinblick auf Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt, den sozialen Wohnungsbau ~~(d. h. Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu beschaffen)~~ sowie die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (im Sinne des Erwägungsgrunds 11 des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission);

180a. „sozialer Wohnungsbau“: i) ist eine regional differenzierte, vom Wohnungsmarkt abhängige finanzielle Förderung eines Objektes, das zum

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge

Wohnen bestimmt ist, ii) in dem Menschen wohnen, die unter einem bestimmten zu definierenden Einkommen liegen (welches regionale Unterschiede in der EU berücksichtigt) und iii) welche eine Mietpreis- und Belegungsbindung (Sozialbindung) für einen längeren Zeitraum auslöst, iv) die durch staatliche Stellen kontrolliert wird.

- **Zu Artikel 6 Absatz 5**

Der Nachweis des Anreizeffekts ist schon integraler Bestandteil des Regelwerks zu InvestEU. Daher ist es folgerichtig und prozessökonomisch sinnvoll, auf einen erneuten Nachweis des Anreizeffekts im Rahmen der Beihilfeprüfung auf Grundlage der AGVO zu verzichten.

- **Zu Artikel 8 Absatz 3**

Nach unserem Verständnis müsste der Verweis in Artikel 8 Absatz 3 b), 2. Unterabsatz heißen:

Finanzierungen, die den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 gewährt werden, und die dadurch gedeckten Kosten werden bei der Prüfung der Einhaltung der Kumulierungsvorschriften des Absatzes 3, 1. Unterabsatz nicht berücksichtigt. Dies wird erreicht, indem zunächst der Nominalbetrag der durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzierung von den gesamten beihilfefähigen Projektkosten abgezogen und anschließend die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags allein auf der Grundlage der gesamten verbleibenden förderfähigen Kosten berechnet wird. Auch der Nominalbetrag der den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellten Finanzierungen wird bei der Prüfung, ob die nach dieser Verordnung geltende Anmeldeschwelle eingehalten wird, nicht berücksichtigt.

Leider hat sich uns die Wirkungsweise des 3. Unterabsatzes nicht erschlossen und sollte klargestellt werden.

- **Zu Artikel 56d Absatz 1**

Für uns ist der eigenständige Regelungsgehalt der Buchstaben a) und b) nicht erkennbar. Soweit ersichtlich beziehen sich alle weiteren Regelungen in den Artikeln 56d bis 56f auf Endempfänger oder Finanzintermediäre. Daher empfehlen wir für den Absatz 1 folgende Formulierung:

1. Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Beihilfen ~~in Form von:~~

~~a) auf der Grundlage von EU-Garantien im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds „InvestEU“ oder;~~

~~b) Finanzprodukten, die durch den Fonds „InvestEU“ unterstützt werden;~~

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge

~~c) Beihilfen im Sinne der Buchstaben a oder b~~, die an Finanzintermediäre oder Endempfänger weitergegeben werden.

- **Zu Artikel 56d Absatz 4**

Hier halten wir die Formulierung für nicht präzise genug und schlagen daher folgende Ergänzung vor:

*4. Die in den Artikeln 56e und 56f festgelegten Höchstbeträge gelten für die gesamten ausstehenden Finanzmittel, die für den Endempfänger im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützen Finanzprodukten **je Vorhaben bzw. je Beihilfetatbestand** bereitgestellt werden.*

- **Zu Artikel 56e Absatz 1 Buchstabe a)**

Wir begrüßen diesen neuen Ansatz zur Bestimmung des Beihilfewerts bei Darlehen mit festem Zinssatz für InvestEU-unterstützte Förderungen. Wir regen jedoch an, eine Konkretisierung der angeführten Referenzzinssätze vorzunehmen bzw. diese Sätze präziser zu definieren, z. B. für die Euro Mid-Swap-Sätze das tägliche Fixing 11:00 h Brüsseler Zeit (ICE SWAP), um hier mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten.

- **Zu Artikel 56e Absatz 1 Buchstabe b)**

Die Möglichkeit, nun beihilferechtlich gerechtfertigt Darlehen mit variablem Zinssatz zumindest für InvestEU-unterstützte Förderungen einsetzen zu können, wird von uns unterstützt. Wir hinterfragen lediglich den gewählten Referenzzins EURIBOR. Ausgelöst durch die Verordnung (EU) 2016/1011 – Benchmark-Verordnung – wird der EURIBOR in seiner jetzigen Form voraussichtlich Ende 2020 wegfallen. Wir bitten die EU-Kommission, dies in der AGVO zu berücksichtigen und einen angemessenen Referenzzins zu bestimmen, der über das Jahr 2020 hinaus Bestand hat. Nur so kann eine rechtssichere Anwendung dieser neuen Regelung gewährleistet werden. Wir schlagen hier den Hybrid-EURIBOR vor.

- **Zu Artikel 56f**

Im Artikel 56f müsste entsprechend der Definition im Artikel 2 Nummer 171 *gewerblicher* Finanzintermediär durch **kommerzieller** Finanzintermediär ersetzt werden. Dies orientiert sich auch an der englischen Sprachfassung.

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 61 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 2.800 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Mit mehr als 70.000 Beschäftigten nehmen unsere Mitgliedsinstitute ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 52 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 24 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Unsere Förderbanken haben neue Förderdarlehen in Höhe von 63,8 Milliarden Euro bereitgestellt (Geschäftsjahr 2018). Weitere Informationen unter www.voeb.de

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge